

05.10.2012

## **FWG und CDU wollen weiter verhandeln**

Die Gründung eines gemeinsamen Ordnungsamtsbezirks mit Bad Camberg und Selters beschäftigt die Brechener weiterhin – nicht nur in Leserbriefen. Auch die Fraktionssprecher der FWG, Dr. Gerd Roos, und der CDU, Sebastian Frei, melden sich noch einmal zu Wort. Grund: Für sie ist mit dem Nein zum vorgelegten Vertragsentwurf die Tür nicht zu. Im Gegenteil: Sie hoffen auf Veränderungen und auf weitere Verhandlungen mit der Stadt Bad Camberg. Denn: Beide bekunden übereinstimmend die Zustimmung ihrer jeweiligen Fraktionen zu diesem Projekt.

Dies sei auch Anfang September in der vorletzten Gemeindevertreterversammlung eindeutig bekundet worden. Zu Irritationen habe jetzt nur die für die überraschende Neuerung geführt, der Vertrag solle über acht Jahre statt der zuvor beabsichtigten drei geschlossen werden (wir berichteten).

"Die FWG-Fraktion hat sich in allen bisherigen Beratungen und Abstimmungen stets einmütig für die Schaffung eines Ordnungsbehördenbezirks ausgesprochen. Neben der Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs sollen die zu beschäftigenden Ordnungshüter nach unseren Vorstellungen aber auch Aufgaben in der Gefahrenprävention, in der Überwachung des Jugendschutzes und Umweltangelegenheiten übernehmen", so Dr. Roos. "Da wir mit einem gemeinsamen Ordnungsbehördenbezirk mit Bad Camberg und Selters Neuland betreten und immerhin jährlich 44 500 Euro an finanziellen Mitteln aufwenden müssen, haben wir als erste in der Gemeindevertretung eine Vertragslaufzeit von zunächst drei Jahren vorgeschlagen, um bei einer Entwicklung, die nicht unseren Vorstellungen entspricht, nach dieser Zeit ohne weiteren finanziellen Schaden für unsere Gemeinde wieder aus der Vereinbarung aussteigen zu können."

---

### **Aufklärung**

---

Primäres Ziel sei nämlich nicht, durch möglichst hohe Bußgeldeinnahmen, die durch einen intensiven Einsatz der Ordnungskräfte in der Überwachung des fließenden und ruhenden Verkehrs eventuell zu erzielen wären, die jährlich aufzuwendenden Gelder auf diesem Wege wieder zu vereinnahmen. "Für uns stand und steht Aufklärung und Beratung bei Fehlverhalten in Verkehrs-, Jugendschutz- und Umweltangelegenheiten vor einer möglichen Bestrafung." Der drei Wochen später vorgelegte Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung sah dann zum einen eine Laufzeit von acht Jahren vor, außerdem habe sie sich ausschließlich auf eine Überwachung des Verkehrs beschränkt, was die zusätzlichen Wünsche der FWG also nicht berücksichtigt habe.

Dr. Roos: "Diesem Entwurf konnten deshalb einige Mitglieder der FWG-Fraktion und insgesamt eine Mehrheit der Gemeindevertreter nicht zustimmen." Dies bedeute aber keineswegs, dass die FWG gegen die Einführung eines gemeinsamen Ordnungsbehördenbezirks sei. Alle Fraktionen hätten dies in ihren Stellungnahmen unmissverständlich deutlich gemacht. Er hoffe, dass Bürgermeister Werner Schlenz (parteilos) nach seinem Urlaub weitere Gespräche führen und zu einem partnerschaftlichen, einvernehmlichen Ergebnis kommen werde. Daher habe er in der Gemeindevertretung auch die Möglichkeit angesprochen, eine fünfjährige Vertragslaufzeit in Erwägung zu ziehen, um auch den Bad Cambergern entgegenzukommen, die eine weitere Stelle schaffen müssten, sollte der Zusammenschluss vollzogen werden.

---

## Sonderaufgaben

---

Für die CDU äußert sich Sebastian Frei ähnlich. Auch die Christdemokraten hätten Anfang September in der Gemeindevertretersitzung und auch im Haupt- und Finanzausschuss für den gemeinsamen Ordnungsamtsbezirk gestimmt. Ihnen seien aber auch die geringere Vertragslaufzeit (drei statt acht Jahre) sowie die Übernahme weiterer Sonderaufgaben (zum Beispiel die Kontrolle des Jugendschutzes bei Großveranstaltungen oder Verkehrsregelungen) von Bedeutung. Die in der NNP zitierte Aussage, die Vorstellungen von Bad Camberg seien nicht partnerschaftlich, sondern diktiert, habe nicht er, sondern ein anderer Gemeindevertreter einer anderen Fraktion gemacht.

---

## Weitere Gespräche

---

Mit den neuen Vorschlägen konfrontiert, hätte seine Fraktion diesem Entwurf nicht zustimmen können. "Man muss an der Stelle darauf hinweisen, dass während der Vertragslaufzeit ausschließlich der Bürgermeister der Stadt Bad Camberg den Mitarbeitenden des Ordnungsbehördenbezirks weisungsbefugt ist. Im Vertragsentwurf ist lediglich festgehalten, dass es eine einvernehmliche Absprache zwischen den Bürgermeistern geben soll. Auch die von der Stadt Bad Camberg weiter angeführten Argumente waren für uns nur zum Teil schlüssig." Ein Vertrag über diese lange Laufzeit ohne wirkliche Mitspracherechte sei für die Christdemokraten keine gute Lösung. Auch er hoffe auf ein besseres Ergebnis in weiteren Verhandlungen.

---

© 2012 Nassauische Neue Presse